

Medienrecht für Nichtjuristen - Presserecht, Urheberrecht, Telemedienrecht

Lernskript

Dozent:
Dr. Eva Ellen Wagner

L^AT_EX von:
Sven Bamberger

Zuletzt Aktualisiert:
6. Februar 2014



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Dieses Skript wurde erstellt, um sich besser auf die Klausur vorzubereiten.

Dieses Dokument garantiert weder Richtigkeit noch Vollständigkeit, da es aus Mitschriften und Vorlesungsfolien gefertigt wurde und dabei immer Fehler entstehen können. Falls ein Fehler enthalten ist, bitte melden oder selbst korrigieren und neu hoch laden.

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	1
1.1	Material für die Klausur	1
1.2	Was ist Medienrecht?	1
2	Grundgesetz, Grundrechte, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit	3
2.1	Grundgesetz	3
2.2	Meinungsfreiheit	3
2.3	Pressefreiheit	5
3	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	9
3.1	Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre	9
3.2	Abbildungen ohne Zustimmungen (Übungsfall Caroline)	9
3.3	Meinungs- /Pressefreiheit vs. Persönlichkeitsrecht (Übungsfall fixe Feder)	10

1 Allgemeines

1.1 Material für die Klausur

Folgende Unterlagen sind zugelassen für die Klausur und dürfen vorbereitet mitgebracht werden. Vorbereitet bedeutet, dass man mit Post-it's (hier als Beispiel genannt) den Anfang eines Gesetzes und man wichtige Stellen innerhalb der Gesetze mit Textmarkern markieren darf. NICHT erlaubt sind sonstige Ergänzungen in digitaler oder handschriftlicher Form.

1.1.1 Bücher:

Fechner/Mayer (Hrsg.), Medienrecht,
Vorschriftensammlung, 9. Auflage
(2012/2013)

1.1.2 Online Material zum Ausdrucken:

Schulz (Hrsg.) Gesetzessammlung Information,
Kommunikation, Medien, 14. Auflage (2013)
Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 16

1.1.3 Zusätzlich mitzubringen:

Hinweisblatt Klausur in Ilias zu finden.
Ein leeres Blatt und einen Stift zum aufschreiben von Notizen während der Klausur.

1.2 Was ist Medienrecht?

Medienrecht ist eine Querschnittmaterie des öffentlichen Rechts, des Zivilrechts und des Strafrechts und beschäftigt sich mit den Regelungen privater und öffentlicher Information und Kommunikation. Diese Querschnittmenge der Rechtsgebiete bietet jedoch eine große Regelungslücke dank der sich schnell entwickelten Medien, welche erst im Nachhinein geregelt werden können. Das Medienrecht kann unterteilt werden in die inhaltsspezifischen Rechtsgebiete, Urheberrecht, Telekommunikationsrecht und das Rundfunkrecht. Die klassischen Gegenstände des Medienrechts sind Presse, Rundfunk, Multimedia und Internet. In dieser Vorlesung wurde besonders auf Urheberrecht, Presserecht und Telemedienrecht.

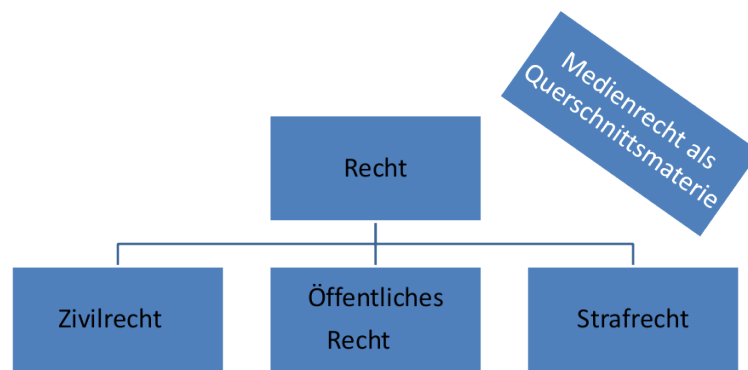


Abbildung 1.1: Medienrecht – was ist das? (Quelle: Dr. Ellen Wagner, Eva; Erster Foliensatz; Seite 5)

2 Grundgesetz, Grundrechte, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit

2.1 Grundgesetz

Das wichtigste Grundgesetz in diesem Zusammenhang der im Kapiteltitel genannten Bereiche ist Art 5 GG

2.1.1 Art. 5 GG

(1) ¹ Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. ² Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. ³ Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) ¹ Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. ² Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Aufgrund diesem Artikel lässt sich folgendes Ableiten:
Kommunikationsfreiheiten Art. 5 Abs. 1 GG:

- Meinungsfreiheit
- Informationsfreiheit
- Pressefreiheit
- Rundfunkfreiheit
- Filmfreiheit

Freiheiten des Art. 5 Abs. 3 GG:

- Kunstfreiheit
- Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre

2.2 Meinungsfreiheit

Unter Meinungsfreiheit versteht man das Recht auf freie Meinungsäußerung. Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich kundzutun. Dies kann durch Wort, Schrift und Bild oder anderem Wege geschehen. Dadurch sind auch neue sich ständig ändernde Art der Äußerung geschützt. Jedoch gibt es zwei unterschiedliche Arten der Meinungsäußerungen, welche einen unterschiedlichen Schutz genießen.

Werturteile/Meinungsäußerung → stellungnehmende, dafürhaltende, meinende Äußerungen, auf deren Wert, Richtigkeit oder Vernünftigkeit es nicht ankommt.

Eine Meinungsäußerung ist eine subjektive Wertung oder Beurteilung weder einem Beweis, noch einer objektiven Einordnung als „richtig“ oder „falsch“ zugänglich

Tatsachenbehauptungen → nur vom Schutzbereich umfasst, wenn sie Voraussetzung für das Bilden einer Meinung oder mit einem Werturteil des Behauptenden verbunden sind (was sehr häufig der Fall sein dürfte).

Eine Tatsachenbehauptung bezieht sich auf objektive Umstände in der Wirklichkeit, die (zumindest theoretisch) dem Beweis vor einem Gericht zugänglich sind, also etwa durch Urkunden, Zeugen oder Sachverständige bestätigt oder widerlegt werden können.

In der Vorlesung wurde die Frage gestellt, ob unter anderem folgende Aussage, eine Meinungsäußerung oder Tatsachenbehauptung sei.

„Der Stoff ist giftig und krebserregend“.

Dieser Satz ist eine Meinungsäußerung, da hier keine Angaben über die Dosierung oder Menge des Stoffes gemacht wurde und daher die Aussage nicht beweisbar ist. Andere Aussagen sind nicht so einfach einzuordnen, da es hier auch darauf ankommt, wer die Aussage tätigt. Nehmen wir mal an die Zeitung FAZ und Bild treffen jeweils die Aussage „Person X in Steuerskandal verwickelt“. Bei der Bild liegt die Vermutung nahe, dass es lediglich eine Meinungsäußerung ist. Bei der FAZ kann man eher von einer Tatsachenbehauptung ausgehen, da die Vergangenheit gezeigt hat, wie diese Presseerzeugnisse Ihre Artikel untermauern und berichten. Daher sind immer die Hintergründe zu prüfen und genau abzuwägen.

Problem: Schutzwürdigkeit der unwahren Tatsachenbehauptung (Lüge).

2.2.1 Meinungsäußerungen sind grundsätzlich nicht angreifbar, aber:

- keine Beleidigungen
 - Bezeichnung einer Person als „Schmarotzer“,
 - Bezeichnung einer Aussage als „dummdreiste Lüge“
 - Aussage, dass ein Richter „in Rente gehen solle, weil bei ihm der Kalk riesele“
- keine Schmähkritik
 - Wenn die Äußerung keinerlei sachlichen Bezugspunkt mehr hat und es nur noch um die Diffamierung oder Erniedrigung der Person als solcher geht.
- keine unangemessene Herabwürdigung
 - Eine unangemessene Herabwürdigung wurde bspw. angenommen, als der Ministerpräsident von RLP, Kurt Beck, auf die Titelseite der Zeitschrift „Titanic“ unter dem Titel „**Problembar außer Rand und Band: Knallt die Bestie ab**“ abgebildet war.

2.2.2 Abgrenzung Meinungsfreiheit – Pressefreiheit

„Während die in einem Presseerzeugnis enthaltene Meinungsäußerung bereits durch Art. 5 Abs.1 Satz 1 GG geschützt ist, geht es bei der Garantie der Pressefreiheit um die einzelne Meinungsäußerung übersteigende Bedeutung der Presse für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung.“ (BVerfGE 85, 1 [12]).

„Der Schutzbereich der Pressefreiheit ist daher berührt, wenn es um die im Pressewesen tätigen Personen in Ausübung ihrer Funktion, um ein Presseerzeugnis selbst, um seine institutionell-organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sowie um die Institution der freien Presse überhaupt geht.“ (BVerfGE 85, 1 [12 f.]).

2.2.3 Grundrechtsprüfung

Es gibt 3 Prüfungsschritte, um zu ermitteln, ob die Aussage eine Schutzwürdige Aussage ist.

- Schutzbereich des Grundrechts
 - Persönlich und sachlich
- Eingriff in den Schutzbereich
 - zielgerichteter oder faktischer Eingriff
- Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
 - Bestimmung der Schranke
 - Verhältnismäßigkeit der Einzelmaßnahme

2.3 Pressefreiheit

Pressefreiheit bezeichnet das Recht von Rundfunk, Presse und anderen (etwa Online-) Medien auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit, vor allem das unzensurierte Veröffentlichen von Informationen und Meinungen. Die Pressefreiheit soll die freie Meinungsbildung gewährleisten. Die Pressefreiheit besitzt einen Rechtscharakter und lässt sich in die Individuelle und institutionelle Pressefreiheit unterteilen.

- Der Einzelne darf seine Tätigkeit ohne staatliche Beeinflussung ausüben.
- Freie Presse steht als Institut unter staatlichem Schutz
 - Objektivrechtliche Dimension
 - Presse gilt als Vermittler zwischen Volk und Staat und hat damit eine öffentliche Aufgabe und Kontrollfunktion

Schutzbereich:

- Wert gebundener Pressebegriff - nur solche Veröffentlichungen, die öffentliche Aufgabe gerecht werden? (systemwidrig - in dubio pro libertate)
- Periodisch erscheinende Druckwerke und Bücher
- Erzeugnisse der Buchdruckerpresse, alle zur Verbreitung geeigneten und bestimmtem Vervielfältigungen (z.B. Plakate)
- Weit und entwicklungsoffen
- Voraussetzung: körperliches Trägermedium

Daraus ergibt sich das Problem, dass der Begriff Presse eine bestimmte Art der Verkörperung voraussetzt. Wenn man nun [spiegel.de](#) mit [zdf.de](#) versucht zu vergleichen, gibt es das Problem der E-Presse. Da die Entwicklungsoffenheit ein wesentliches Kriterium der Presse und diese im Gegensatz zu Rundfunk und Film neutral des Verbreitungsweges sein muss, könnte man auf den Schluss kommen, dass E-Presse = Presse ist. Nun gibt es das Problem, dass [zdf.de](#) und [spiegel.de](#) dasselbe Medium verwenden und dass das ZDF zum Rundfunk gehört (siehe ZDF-Staatsvertrag). Dennoch werden diese teilweise in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. Daher hat sich die allgemeine Auffassung gebildet, dass der Verbreitungswegs entscheiden ist. Da es bei der E-Presse keine Verkörperung gibt, ähnlich wie beim Rundfunk, gilt die E-Presse als Rundfunk.

Was ist geschützt?

- Tätigkeiten von der Beschaffung der Informationen bis zur Verbreitung einer Nachricht
- Redaktionsgeheimnis
- Informantenschutz
- Tatsacheninformationen
- Meinungsäußerungen

Wer ist geschützt?

- Alle Personen, die produktiv, vermittelnd oder empfangend an der geistig-inhaltlichen Kommunikation durch die Presse teilnehmen
- Herausgeber
- Redakteure
- Korrespondenten
- freie Mitarbeiter
- Verleger
- der einzelne Journalist
- Minderjährige (Schülerzeitungen)
- Juristische Personen des Privatrechts (Art. 19 Abs. 3 GG)

2.3.1 Eingriffe in die Pressefreiheit

Eingriffe in die Pressefreiheit sind entweder **Final** oder **Mittelbar**.
Beispiele für Final:

- Verbot der Berufsausübung als Redakteure
- Beschlagnahmen von Zeitungen
- Durchsuchung von Redaktionsräumen
- Einführung eines staatlichen Genehmigungsverfahrens

Beispiel für Mittelbar: Das Innenministerium des Landes NRW gibt jährlich Verfassungsschutzberichte zur Information der Öffentlichkeit heraus. Seit 1994 wird darin regelmäßig und ausführlich unter der Rubrik Rechtsextremismus u.a. über die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ berichtet. So heißt es etwa, der Verfassungsschutz habe „zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen.“ Es werden Warnungen oder ähnliches verbreitet um Personen auf Gefahren aufmerksam zu machen.

2.3.2 Rechtfertigung eines Eingriffs in die Kommunikationsfreiheiten

- Art. 5 Abs. 2 GG
- „Allgemeine Gesetze“ BVerfG: „Alle Gesetze, „die nicht eine Meinung als solche verbieten, die sich nicht gegen die Äußerung der Meinung als solche richten [Sonderrechtslehre], sondern dem Schutz eines schlechthin ohne Rücksicht auf eine bestimmte Meinung zu schützenden Rechtsguts dienen [Abwägungslehre].“
- Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Jugend
- Recht der persönlichen Ehre

Was zeichnet die Rechtfertigungsprüfung aus?

Im Rahmen der Prüfung der Rechtfertigung eines Grundrechtseingriffs geht es stets um die **Abwägung** unterschiedlicher, jeweils von der Verfassung geschützter Rechtsgüter.

3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist wichtig, da es häufig als Schranke der Äußerungsfreiheit gilt. Dies ist geregelt in Art. 2 Abs 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG.

3.1 Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre

Dazu gehören alle Angelegenheiten, die typischerweise als privat eingestuft werden - räumlich und thematisch bestimmter Bereich, der grundsätzlich frei von unerwünschter Einsichtnahme bleiben soll. Dies ergibt sich aus Sphärentheorie. Diese Sphären sind Intimsphäre (umgangssprachlich: Schlafzimmer und alles was man dort macht) Privatsphäre (umgangssprachlich: Was man privat erledigt Zuhause oder bei Freundin in einem nicht öffentlichen Bereich) und die Sozialsphäre (umgangssprachlich: alles was auf der Arbeit passiert und in öffentlichen Bereichen). Jedoch gestaltet sich die Einordnung einer Handlung in eine Sphäre als problematisch. Je nach Fall ist eine Einteilung nicht möglich da die Übergänge fließend sind.

Weitere Rechte die sich aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht sind:

- Recht auf informationelle Selbstbestimmung
 - Datenschutz (BDSG)
- Recht am eigenen Wort
 - geschriebenes Wort: Tagebücher (Dies kann zu Problemen führen, da man dadurch tief in die Privat- oder Intimsphäre eindringt und dadurch unter Umständen die Würde des Menschen verletzt.
 - gesprochenes Wort: heimliche Tonbandaufnahmen. Diese führen in regelmäßigen Abständen zu rechtlichen Problemen.
- Recht am eigenen Namen
 - Anspruch auf Namensnennung § 13 UrhG
- Recht am eigenen Bild
 - Einwilligung § 22 KUG
- Neue „Spielart“: Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme – „IT-Grundrecht“
 - Online Durchsuchung
 - zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung wurde der heimliche Zugriff auf informationstechnische Systeme erlaubt.

3.2 Abbildungen ohne Zustimmungen (Übungsfall Caroline)

3.2.1 Rechtsprechung des EGMR

Abwägung zwischen Art. 8 EMRK (Schutz des Privatlebens) und Art. 10 EMRK (Meinungsfreiheit)

3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht

- Figur der absoluten Person der Zeitgeschichte ist zu starr und unbestimmt für einen wirksamen Schutz des Privatlebens im Sinne des Art. 8 EMRK
- Der EGMR unterscheidet zwischen:
 1. Politikern (politicians/personnes politiques) Schutz
 2. sonstigen im öffentlichen Leben oder im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Personen (public figures/personnes publiques) Schutz
 3. gewöhnlichen Privatperson (ordinary person/personne ordinaire) Schutz
- → Soweit Gruppe 2 und 3 betroffen, bei der Abwägung entscheidend:
„public watchdog“ Funktion der Presse wird nur ausgelöst, wenn Beitrag zu einer Debatte von allgemeinem Interesse besteht

3.2.2 Reaktion der deutschen Rechtsprechung

- Aufgabe der Figur der absoluten Person der Zeitgeschichte
- Ob ein Bildnis der Zeitgeschichte (§ 23 I Nr. 1 KUG) vorliegt, bestimmt sich nach dem Informationswert im konkreten Fall
- Flexibler als EGMR: **auch unterhaltende Beiträge können einen Informationswert begründen**
- Presse muss Informationswert im Gerichtsprozess darlegen
- Anhaltspunkte für die Abwägung:
 - Bekanntheitsgrad der Person
 - Zusammenhang mit einer Wortberichterstattung
 - Vorverhalten der fotografierten Person
 - Umstände der Anfertigung des Fotos
- Bestätigung der Rechtsprechung. durch den EGMR

3.3 Meinungs- / Pressefreiheit vs. Persönlichkeitsrecht (Übungsfall fixe Feder)

i) Schutzbereich

- Abgrenzung Meinungs- / Pressefreiheit (Art. 5 Abs.1 S.1 / Art. 5 Abs.1 S.2 GG)
 - Die Pressefreiheit ist kein Spezialfall der Meinungsfreiheit
 - Bei Wortberichterstattungen bleibt es beim Schutz durch die Meinungsfreiheit (so der EGMR, zunehmend deutlicher auch in den Entscheidungen des BVerfG)
 - Pressefreiheit kommt in Betracht bei der Veröffentlichung von Bildern, beim Tendenzschutz, bei dem Schutz der Informationsbeschaffung, also vor allem bei presstypischen Verhaltensweisen
- **Persönlich**
 - Jede Person, die die geschützte Tätigkeit ausübt, auch juristische Personen des Privatrechts
- **Sachlich**
 - Begriff der Meinung ist grundsätzlich weit zu verstehen. Erfasst sind Werturteile und Tatsachenbehauptungen, sofern sie zur Bildung von Meinungen beitragen können.

3.3 Meinungs- /Pressefreiheit vs. Persönlichkeitsrecht (Übungsfall fixe Feder)

- * Nicht geschützt sind falsche Tatsachenbehauptungen sowie falsche Zitate
 - * Daraus ergibt sich folgendes Problem, ist ein Zitat eine Tatsachenbehauptung oder ein Werturteil?
 - Tatsachenbehauptung mit Meinungsbildrelevanz. Die Wiedergabe der ablehnenden Antwort war geeignet, zu einer Bewertung des Klägers beizutragen.
- ii) Eingriff (+)
- Urteil hält die Veröffentlichung für rechtswidrig und spricht die Unterlassungsverpflichtung aus.
- iii) Schranken
- **Allgemeine Gesetze**
Im vorliegenden Fall §§ 823, 1004 BGB in Verbindung mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)
- iv) Schranken-Schranken
1. **Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Regelung**
Hier keine Anhaltspunkte für verfassungsrechtliche Bedenken gegen §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB
 2. **Verfassungsmäßigkeit der Einzelmaßnahme (Urteil)**
Dies ist dann der Fall, wenn das Gericht die §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB verfassungsgemäß angewendet hat. Insbesondere müsste der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt worden sein.
 3. **Wechselwirkungslehre beachten**
 - a) **Legitimer Zweck**
Das Unterlassungsurteil dient dem Persönlichkeitsrechtsschutz des RA Emsig und damit einem verfassungsrechtlich legitimen Ziel.
 - b) **Geeignetheit**
Die Verurteilung zur Unterlassung der Veröffentlichung des Zitats ist auch ein taugliches Mittel zur Erreichung des Ziels.
 - c) **Erforderlichkeit**
Ein milderer Mittel, das gleichermaßen zur Zweckerreichung geeignet ist wie die Unterlassung der Zitatveröffentlichung ist nicht ersichtlich.
 - d) **Angemessenheit (Verhältnismäßigkeit im eigentlichem Sinne)**
Der Grundrechtseingriff und der mit dem Eingriff verfolgte Zweck müssen in einem abgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Daher ist es in diesem Fall notwendig zu **Gewichten und Abwägen**. Bei der Abwägung ist zunächst zu berücksichtigen, in welcher **Sphäre** das APR Emsigs (Anwalt) betroffen ist.

- Intimsphäre, Privatsphäre, Sozialsphäre
 - Hier: **Sozialsphäre**, es geht um geschäftliche Kommunikation

3.3.1 Schutz des Selbstbildes?

Das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG gewährt nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seinem Träger keinen Anspruch darauf, öffentlich nur so dargestellt zu werden, wie seinem Selbstbild entspricht und es ihm selbst genehm ist.

Wahre Tatsachen dürfen deshalb grundsätzlich verbreitet werden, aber kann dies zu einer **Unzulässigen Prangerwirkung** führen? Eine Anprangerung kann dazu führen, dass die regelmäßig zulässige Äußerung einer wahren Tatsache aus der Sozialsphäre im Einzelfall mit Rücksicht auf überwiegende Persönlichkeitsbelange des Betroffenen zu untersagen ist.

Abbildungsverzeichnis

1.1 Medienrecht – was ist das?	2
--	---